
6975/J XXIV. GP

Eingelangt am 19.11.2010

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Schenk, Ursula Haubner
und Kollegen
an den Bundesminister für Gesundheit
betreffend Maßnahmen gegen psychische Erkrankungen

Bereits im Frauengesundheitsbericht 2005 wurde festgestellt, dass Frauen doppelt so häufig wie Männer von Depressionen betroffen sind. Daher resultiert eine Übermedikalisierung von Frauen im Bereich der Psychopharmaka wie Anti Depressiva oder Tranquilizer. Mehr als 70% dieser Medikamente wurden an das weibliche Geschlecht verschrieben.

Die in dem zitierten Bericht erfassten Daten zur gesundheitlichen Lage von Frauen in Österreich sollten als Ausgangspunkt für die weitere Strategieentwicklung zur Erlangung eines geschlechtergerechten Gesundheitssystems angesehen werden.

Heute, fünf Jahre danach wissen wir, dass psychische Erkrankungen wie Depressionen und Burnout nach wie vor ein gravierendes Problem darstellen. Laut dem Gesundheitsbericht 2009 ist „seit langem bekannt, dass Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention umso besser angenommen werden und effektiver sind, je genauer sie auf die jeweilige Zielgruppe abgestimmt werden“. Im Bereich Burnout wissen wir jedoch lediglich, dass alle Bevölkerungs- und Berufsschichten betroffen sind und die Zahl der Erkrankten und gefährdeten Personen stetig steigt. Sie jedoch (5329/AB) verwenden noch immer Zahlenmaterial aus einer Burnout-Studie aus dem Jahr 2007, die Sie als „aktuell“ ansehen.

Die Frauenministerin hat im Sommer 2010 die Behandlung von seelischen Leiden auf Krankenschein gefordert, Sie jedoch setzen auf den präventiven Ansatz. Im Hinblick auf Neuerkrankungen mag dies zielführend sein, nicht jedoch bei den bereits von Burnout betroffenen Personen. Wie viele das tatsächlich sind lässt sich schwer eruieren, was die Bundesregierung anscheinend von einer Evaluierung abhält.

Im Hinblick auf die Kosten von bis zu 300 Millionen Euro jährlich, die in Österreich für psychische Erkrankungen ausgegeben werden und dem volkswirtschaftlichen Schaden, der aus 2,5 Millionen Krankenstandtagen resultiert, ist ein diesbezüglich passives Verhalten grob fahrlässig.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Gesundheit folgende

ANFRAGE:

1. Welche Präventivmaßnahmen im Hinblick auf Burnout-Erkrankungen haben Sie gesetzt oder werden Sie setzen?
2. Planen Sie eine diesbezügliche Kampagne? Wenn ja, wann und in welcher Form? Wenn nein, warum nicht?
3. Der Zuschuss der Krankenkassen für eine psychotherapeutische Behandlung wurde seit knapp zwei Jahrzehnten weder wertangepasst, noch erhöht. Haben Sie vor dies zukünftig zu ändern? Wenn ja wann? Wenn nein, warum nicht?
4. Werden Sie eine Studie über die Situation von Burnout-Erkrankte und Betroffene in Auftrag geben? Wenn ja, wann? Wenn nein, warum nicht?
5. Hat sich die im Frauengesundheitsbericht 2005 beschriebene und eingangs erwähnte Lage von Psychopharmaka konsumierenden Frauen verändert? Wenn ja, in wie fern?
6. Sind Sie mit Ihrer Kollegin Bundesministerin Heinisch-Hosek betreffend die Thematik Frauengesundheit in Kontakt? Wenn ja, wie oft, in welcher Form und mit welchem Ergebnis?
7. Haben oder werden Sie darauf hinwirken, dass Arbeitgeber hinsichtlich der Prävention von Burnout in die Verantwortung genommen werden? Wenn ja, wann, in welcher Form und mit welchem Ergebnis?
8. Welche Maßnahmen wurden auf Basis des Frauengesundheitsbericht 2005 bis dato gesetzt und wurden diese evaluiert? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?
9. Wurde in Ihrem Ressort eine Arbeitsgruppe zum Thema Burnout eingerichtet? Wenn ja, wann wurde sie eingerichtet, welche Personen nehmen daran teil, wie oft hat diese Arbeitsgruppe bis dato getagt und mit welchem Ergebnis? Wenn nein, sehen Sie Bedarf eine solche einzurichten?